

Presstext

21. Juli 2005

Lebenshilfe kritisiert: Behinderte Menschen werden im Wahlkampf völlig ausgeblendet

Die Bundesvereinigung Lebenshilfe hat große Sorge, dass die Interessen behinderter Menschen und ihrer Familien im Bundestagswahlkampf völlig ausgeblendet werden. In den Wahlprogrammen der Parteien sucht man vergebens eine Antwort darauf, wie die Finanzierung der Behindertenhilfe langfristig gesichert werden soll. Allein bei der Eingliederungshilfe erwartet die Lebenshilfe in den nächsten Jahren eine Kostensteigerung um drei Milliarden Euro, weil die Zahl der Menschen mit geistiger Behinderung weiter zunehmen wird. Heute erreicht die erste Generation das Rentenalter, nachdem die Nationalsozialisten zwischen 1939 und 1945 fast alle geistig behinderten Menschen verfolgt und ermordet hatten.

„Wir wollen nicht zu Almosenempfängern degradiert werden, die soziale Leistungen nur noch nach Kassenlage erhalten“, sagt Bundesvorsitzender Robert Antretter. Die Lebenshilfe fordert deshalb ein eigenes Leistungsgesetz für behinderte Menschen, das die vorhandenen Mittel bisher verschiedener Leistungsträger bündelt und effizienter einsetzt. Ein Leistungsgesetz müsse die bedarfsorientierte Eingliederungshilfe garantieren und die Kostenlast auf möglichst viele Schultern verteilen. Antretter: „Um die Kommunen zu entlasten, könnte ein erster Schritt ein aus Bundesmitteln finanziertes Teilhabe- oder Behindertengeld sein.“

Darüber hinaus wird es in Zukunft darum gehen, eine angemessene medizinische Versorgung und Pflege zu gewährleisten. Bioethische Fragen

werden weiter an Bedeutung zunehmen. Die Lebenshilfe bleibt hier bei ihren klaren Positionen. So darf das Verbot der Präimplantationsdiagnostik keinesfalls verwässert werden. Auch muss endlich ein Antidiskriminierungsgesetz verabschiedet werden, das behinderte Menschen mit einbezieht.

1740 Zeichen – Abdruckhonorarfrei – Belegexemplar erbeten